



Österreichische Gesellschaft  
für Europapolitik

# Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern

## Das Meinungsbild der Burgenländerinnen und Burgenländer

In Kooperation mit:



Unterstützt von:

**ZukunftsFonds**  
der Republik Österreich

Dezember 2021

## Inhalt

Einleitung	3
Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern	4
Umfrage Burgenland	5
Ergebnisse	6
Allgemeines Interesse an der Politik in der EU	6
Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte	6
Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf das Burgenland	7
EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona	8
Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?	9
Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?	16
Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen	17
Pressespiegel	19
Bilder der EU-Zukunftstour im Burgenland	20
Resümee	21

## Einleitung

2021/2022 werden in allen EU-Mitgliedstaaten im Rahmen einer **Konferenz zur Zukunft Europas** Debatten über die Neugestaltung der europäischen Integration organisiert. Beschlossen wurde dies schon im Juli 2019 im Zusammenhang mit der Wahl der von Ursula von der Leyen geführten Europäischen Kommission.<sup>1</sup> Unterschiedliche Auffassungen zwischen verschiedenen EU-Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen über den Zusammenhang zwischen den Wahlen zum Europäischen Parlament – an denen sich 2019 so viele Bürgerinnen und Bürger wie lange nicht beteiligt hatten – und der Besetzung der neuen Kommission sowie ihres politischen Programms führten dazu, dass Fragen der Demokratie, Legitimität und Effizienz der europäischen Entscheidungsverfahren jetzt einer umfassenden Revision unterzogen werden. Die Konferenz zur Zukunft Europas soll EuropäerInnen zusammenbringen und jungen Menschen, der Zivilgesellschaft und den europäischen Institutionen als gleichberechtigten Partnern eine starke Stimme geben, wenn es um die Weiterentwicklung Europas geht.

Seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon Ende 2009 hat sich Europa und die Welt um Europa grundlegend verändert, weshalb eine erneute grundsätzliche Debatte um die Weiterentwicklung der EU notwendig erscheint: Die **globale Finanzkrise** hat ab 2010 die Verletzbarkeit der Europäischen Währungsunion, die unterschiedliche Wirtschaftskraft ihrer Mitgliedstaaten und das Fehlen einer stärkeren wirtschafts- und finanzpolitischen Zusammenarbeit schmerzlich vor Augen geführt. Der **Brexit-Prozess** hat gezeigt, dass die europäische Integration nicht selbstverständlich ist, sondern fundamental in Frage gestellt und sogar teilweise rückabgewickelt werden kann. Der **Klimawandel** und die damit einhergehende wirtschaftspolitische **Transformation** stellt die Union vor gänzlich neue Herausforderungen. Die **Präsidentenwahl in den USA 2016** war ein Weckruf für all diejenigen in Europa, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg in einer „Komfortzone“ unter dem sicherheitspolitischen Schutzschirm der USA eingerichtet hatten. Die Veränderung der Geopolitik durch **das wirtschaftliche Aufstreben Chinas** und **das Erstarken autoritärer Mächte in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas** verlangen von der EU stärkeres, robusteres und auch eigenständigeres Handeln in ihren Außenbeziehungen, wenn sie ihre Werte und Interessen in einer unsicherer gewordenen Welt verteidigen möchte. Schließlich hält die **Corona-Pandemie** mit all ihren Folgen die gesamte Welt und damit auch Europa seit dem Frühjahr 2020 in Atem.

Vor allem die Corona-Krise, aber auch erhebliche geopolitische Verschiebungen, haben die Debatte um die Zukunft Europas wiederbelebt und um zahlreiche Themen erweitert. Der strukturelle, wirtschaftliche und soziale Wandel, den unser Kontinent derzeit im Zusammenhang mit der Pandemie erlebt, geht weit über die ursprünglich im Rahmen der Konferenz über die Zukunft Europas angedachten Reformen hinaus. Umso wichtiger ist es daher, gerade jetzt grundsätzlich über die Richtung zu diskutieren, welche die EU in den kommenden Jahren einschlagen soll; und angesichts der aktuellen politischen Lage auch sorgsam abzuwägen, ob eher institutionelle und kompetenzrechtliche Fragen im Mittelpunkt der Zukunftsdebatte stehen sollten; oder ob diese stattdessen verstärkt konkreten politischen Vorhaben (z. B. dem Grünen Deal, der Digitalisierung, der Europäischen Gesundheitsunion oder europaweit koordinierten Mindestarbeitsbedingungen) gewidmet sein sollte.

---

<sup>1</sup> Siehe: Eine Union, die mehr erreichen will. Meine Agenda für Europa. Politische Leitlinien für die künftige Europäische Kommission 2019-2024, Von der Leyen, Ursula (2019).

[https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/political-guidelines-next-commission\\_en\\_0.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/political-guidelines-next-commission_en_0.pdf)

## Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern

Im Rahmen des Projekts „Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern“, unterstützt durch den **Zukunftsfonds der Republik Österreich (Projektnummer: P21-4221)** erheben die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) und die Europäische Kommission das Meinungsbild der Bevölkerung in den neun österreichischen Bundesländern.

Auf Basis eines standardisierten Fragebogens (umfassend je 7 Fragen + Statistik) soll Einblick in das Meinungsbild der Bevölkerung der einzelnen Bundesländer zu Themen der europäischen Zukunftsdebatte gewonnen werden. Durch die Standardisierung des Frageprogramms ist es möglich, die einzelnen Bundesländerergebnisse punktgenau zu vergleichen sowie eine für Österreich gültige Gesamtanalyse zu erstellen.

Die Umfragen werden in Form von **Online-Erhebungen** durchgeführt, wobei bei jeder Einzelumfrage **600 Personen** befragt werden. Die Umfragen werden von **market** ([www.market.at](http://www.market.at)) durchgeführt und sind repräsentativ für die Bevölkerung des jeweiligen Bundeslandes nach Alter (16 bis 79 Jahre), Geschlecht, Region und Bildung.

Das Frageprogramm umfasst die Einstellung der Bevölkerung zu folgenden Themenbereichen:

- Allgemeines Interesse an der Politik in der EU
- Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte
- Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft
- EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona
- Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?
- Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?
- Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen

## Umfrage Burgenland

Die **Umfrage** im Bundesland Burgenland wurde vom **5. bis 12. Juli 2021** durchgeführt. 600 Personen (repräsentativ für die burgenländische Bevölkerung im Alter von 16 bis 79 Jahre, Geschlecht, Region und Bildung) wurden online von market befragt.

Die Umfrage wurde im Rahmen einer **EU-Zukunftstour** von Europäischer Kommission und Österreichischer Gesellschaft für Europapolitik präsentiert.<sup>2</sup> Im Lauf der Tour, die im Sommer/Herbst 2021 durch alle Bundesländer führen wird, waren Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), von 27. bis 29. September 2021 mit der Bahn und dem Fahrrad und gelegentlich mit dem E-Auto durch das Burgenland unterwegs, um das Gespräch über Europa zu suchen.

Die Vorstellung der Umfrageergebnisse fand am 29. September 2021 im Rahmen eines **Pressegesprächs mit Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Landtagspräsidentin Verena Dunst** statt.<sup>3</sup>



© EU-Kommission in Ö./APA-Fotoservice/Hautzinger

<sup>2</sup> Siehe: Europa im Gespräch. Auf EU-Zukunftstour durch Österreich. <https://bit.ly/3H4RtEW>

<sup>3</sup> Siehe: „Pandemie und Migration sind für Burgenländer EU-Top-Themen“, APA-OTS, 29.09.2021 <https://bit.ly/2Yc46gH>

## Ergebnisse

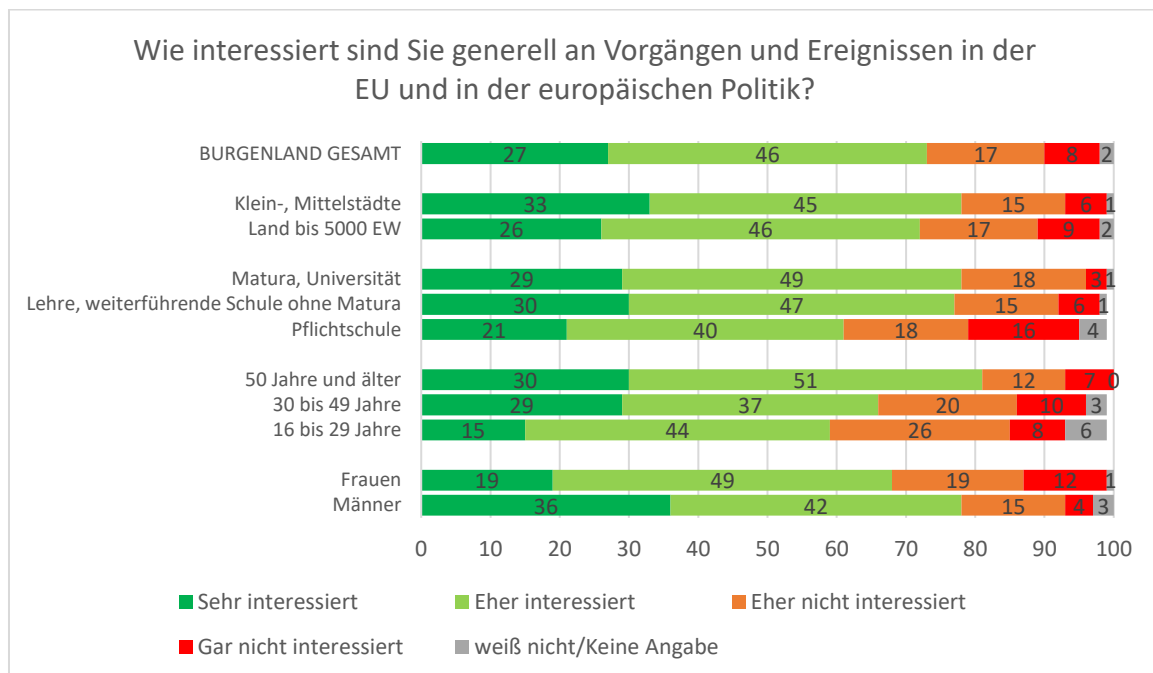
### Allgemeines Interesse an der Politik in der EU

Fast drei Viertel der Burgenländerinnen und Burgenländer sagen in der Umfrage, dass sie an „**Vorgängen und Ereignissen in der Europäischen Union und der europäischen Politik interessiert sind**“, davon 27 Prozent „sehr“ und 46 Prozent „eher“. Ein Viertel gibt dagegen an, „eher nicht“ (17 Prozent) oder „gar nicht“ (8 Prozent) daran interessiert zu sein.

Mit höherem Alter steigt das Europa-Interesse deutlich an: Acht von zehn der über 50-Jährigen bekunden dies, in der Altersgruppe 30 bis 49 Jahre sind es zwei Drittel, bei den Jüngsten im Alter von 16 bis 29 sind es nur noch knapp sechs von zehn Befragten.

Männer zeigen sich in Sachen Europa interessierter als Frauen: Insgesamt 78 Prozent nehmen Anteil am europapolitischen Geschehen, davon zeigen sich sogar 36 Prozent „sehr interessiert“. Bei den weiblichen Befragten bekunden 68 Prozent Interesse, davon jedoch nur 19 Prozent großes.

BurgenländerInnen, die in ländlichen Gemeinden bis 5000 Einwohner leben, weisen etwas weniger Interesse an der Europapolitik auf, als dies in den größeren Gemeinden und Städten (darunter auch die Landeshauptstadt Eisenstadt) der Fall ist.

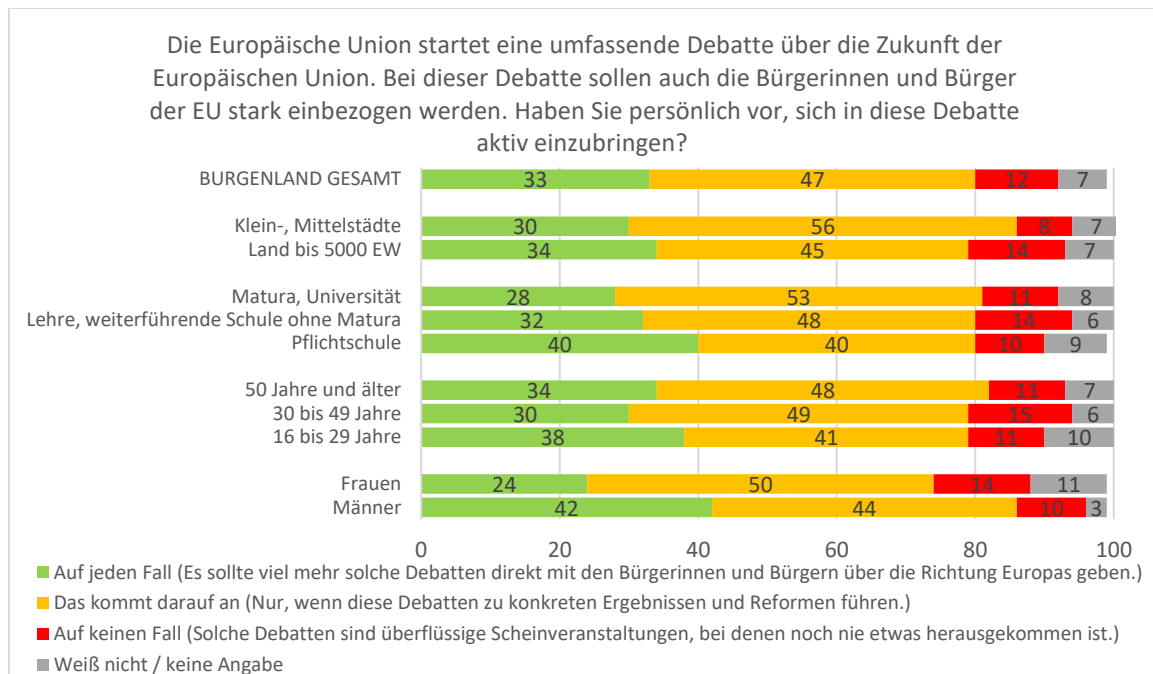


### Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte

Ein Drittel der befragten BurgenländerInnen gibt an, sich „auf jeden Fall“ an der im Mai 2021 gestarteten Debatte zur Zukunft der Europäischen Union beteiligen zu wollen und stimmen der Aussage zu, dass es „viel mehr Debatten mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Richtung Europas geben sollte“. 47 Prozent antworten, dass sie sich eine Beteiligung an der Zukunftsdebatte vorstellen könnten. 12 Prozent schließen das für sich generell aus, 7 Prozent äußern sich zu dieser Frage nicht.

Männer und Befragte mit Pflichtschulabschluss sind jene Befragungsgruppen, die am häufigsten angeben, sich „auf jeden Fall“ an der Zukunftsdebatte beteiligen zu wollen (42 bzw. 40 Prozent). Aber auch die Jüngsten im Alter von 16 bis 29 zeigen sich dazu bereit.

In keiner der Befragungsgruppen übersteigt die Zahl jener, die eine Teilnahme an der Zukunftsdebatte dezidiert ausschließen, 15 Prozent.



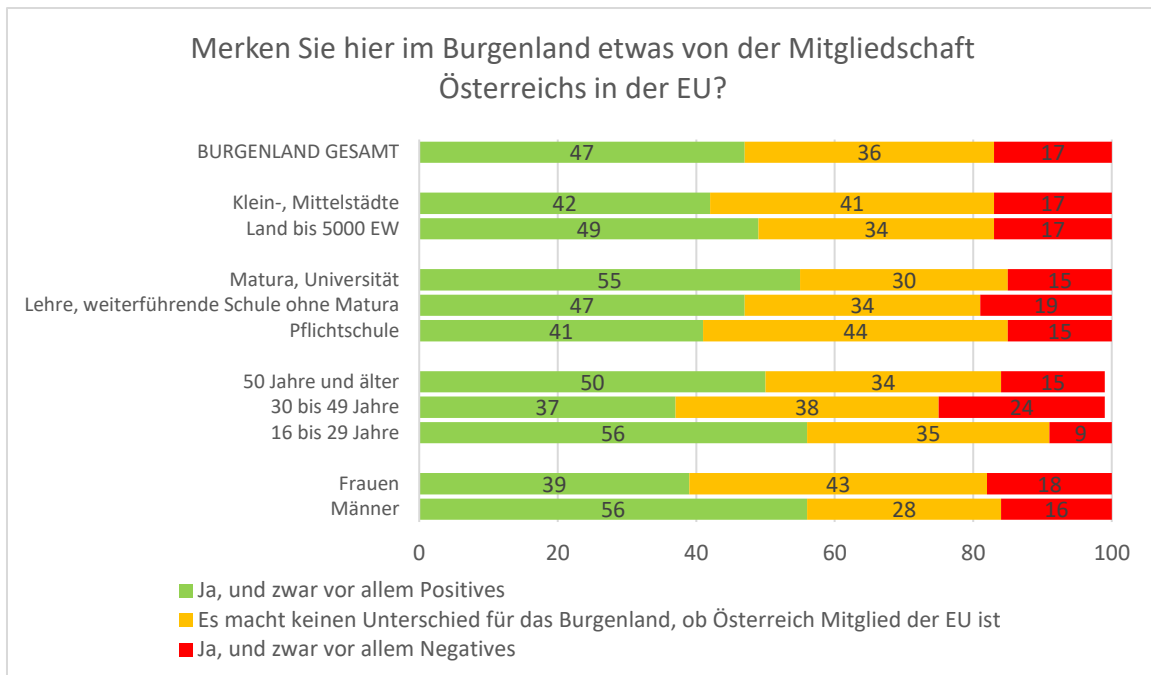
## Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf das Burgenland

Wenn es um die **Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf das Burgenland** geht, so sind 47 Prozent der Befragten der Ansicht, dass die EU-Mitgliedschaft vor allem Positives für das Heimatbundesland bewirkt, für 17 Prozent steht das Negative im Vordergrund. Etwas mehr als ein Drittel (36 Prozent) neigen eher der Meinung zu, dass „es keinen Unterschied für das Burgenland macht, ob Österreich Mitglied der EU ist oder nicht“.

Männer sehen mit 56 Prozent deutlich häufiger positive Auswirkungen durch die EU-Mitgliedschaft auf das Bundesland, als dies bei Frauen (39 Prozent) der Fall ist.

Mit höherem schulischen Ausbildungsgrad sehen die Befragten eher positive Folgen der Mitgliedschaft: 55 Prozent der Personen mit Matura/Universitätsabschluss, 47 Prozent der Befragten mit Lehre/weiterführender Schule ohne Matura, aber nur 41 Prozent der PflichtschulabsolventInnen (ohne weitere Ausbildung) äußern sich in diesem Sinn.

Während die jüngsten Befragten bis 29 Jahre die Mitgliedschaft zu 56 Prozent als positiv für das Bundesland beurteilen, zeigt sich die Altersgruppe 30 bis 49 deutlich skeptischer (37 Prozent). Die mittlere Altersgruppe ist auch jene, die mit 24 Prozent am häufigsten angibt, dass sie durch die EU-Mitgliedschaft vor allem negative Auswirkungen auf das Burgenland sehen.



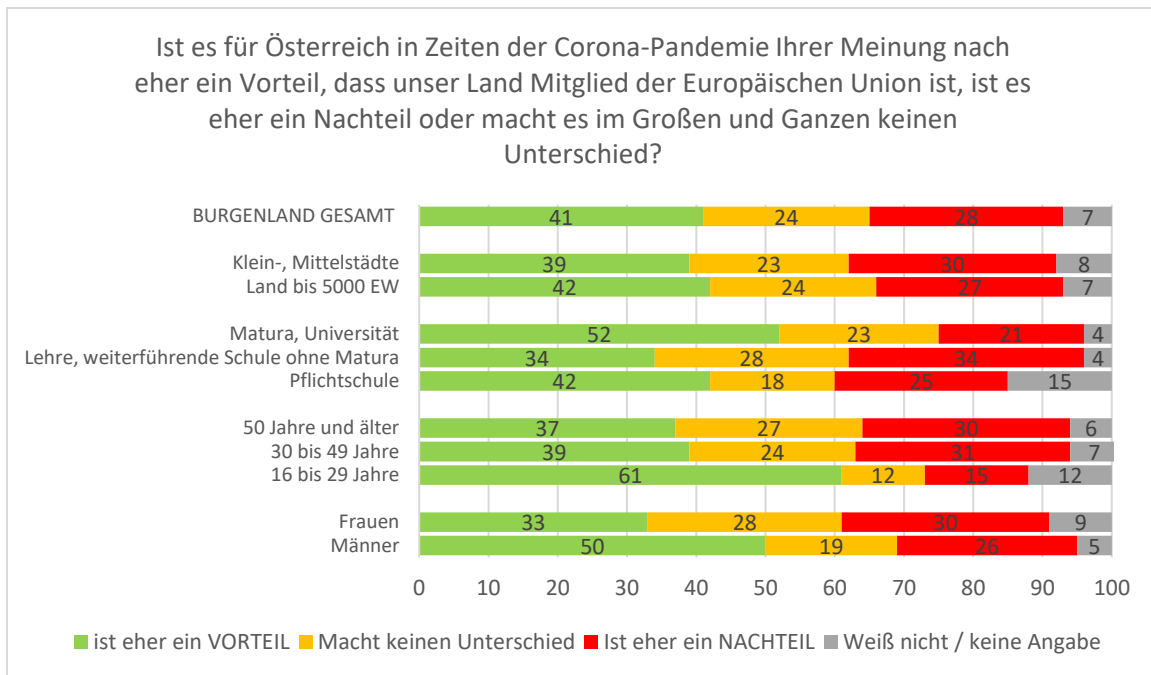
## EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona

41 Prozent der BurgenländerInnen geben sich überzeugt, dass es „in Zeiten der Corona-Pandemie für Österreich ein Vorteil ist, Mitglied der EU zu sein“. Für 28 Prozent bedeutet dies eher einen Nachteil, für 24 Prozent „macht es keinen Unterschied“. 7 Prozent geben dazu keinen Kommentar ab.

Die jüngsten BurgenländerInnen im Alter von 16 bis 29 Jahren sind jene Befragungsgruppe, die mit Abstand am häufigsten (61 Prozent) die EU-Mitgliedschaft vor dem Hintergrund der Pandemie als Vorteil werten. Aber auch Personen mit Matura/Universitätsausbildung (52 Prozent) und Männer (50 Prozent) sind häufig dieser Ansicht.

Am skeptischsten zeigen sich hingegen Befragte mit Lehrabschluss, die dies zu 34 Prozent als Nachteil empfinden. Auch bei den Frauen, den Altersgruppen ab 30 und BewohnerInnen von Landgemeinden teilen drei von zehn Befragten diese Einschätzung.





## Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?

Die „Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen“ ist jenes Thema, dem sich die Europäische Union aktuell am vordringlichsten widmen sollte. Praktisch gleichauf wünschen sich die BurgenländerInnen jedoch auch, dass die EU eine „gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik“ realisiert, den **Klima- und Umweltschutz** vorantreibt und die „Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich“ an die oberste Stelle ihrer Prioritäten setzt.

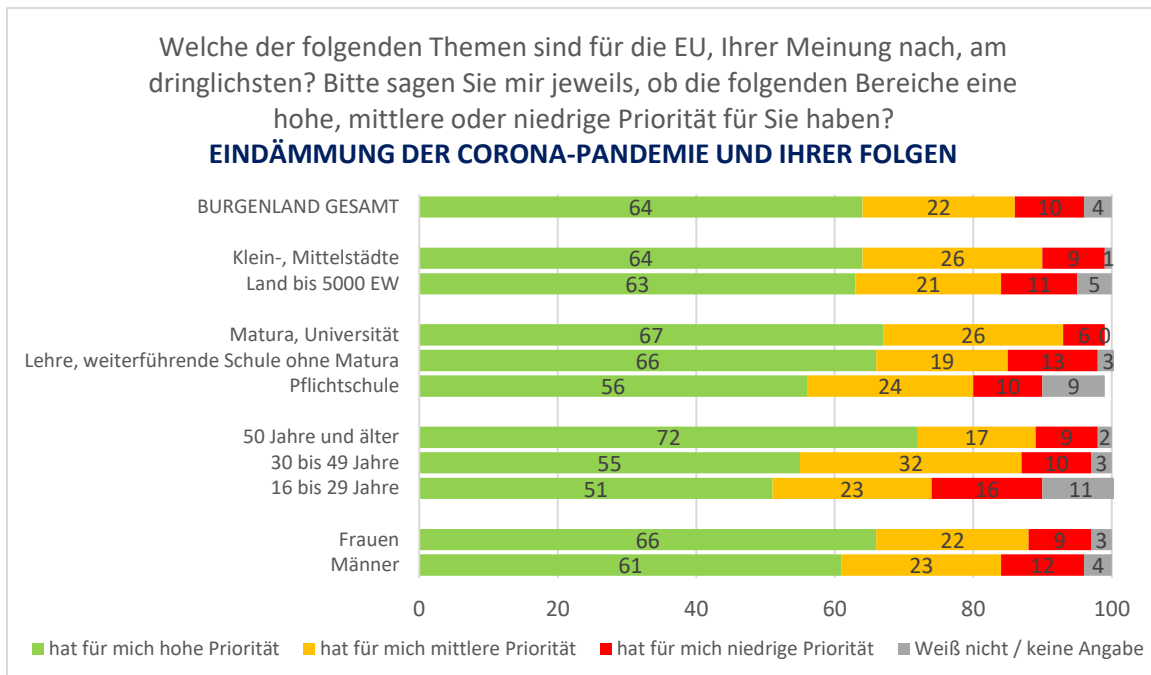
### Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen

Etwas mehr als sechs von zehn Befragten (64 Prozent) ist es wichtig, dass die „Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen“ für die EU „hohe Priorität“ hat. Für 22 Prozent hat das Thema „mittlere Priorität“, für 10 Prozent „niedrige“.

Je älter die Befragten sind, desto vordringlicher möchten sie dieses Thema behandelt wissen: 72 Prozent der über 50-Jährigen möchten, dass die Bekämpfung von Corona und dessen Folgen an erster Stelle für die EU steht, bei den 30 bis 49-Jährigen sind es 55 Prozent, bei den Jüngsten im Alter von 16 bis 29 Jahren nur mehr knapp über die Hälfte (51 Prozent).

56 Prozent der BurgenländerInnen mit Pflichtschulabschluss sehen diesen Punkt als vorrangig an, in anderen Ausbildungsgruppen sind jedoch zwei Drittel dieser Ansicht.

Frauen ist die EU-Schwerpunktsetzung auf die Corona-Eindämmung geringfügig wichtiger als Männern.



## Einheitliche EU-Migrations- und Asylpolitik

62 Prozent der Befragten setzen „eine gemeinsame EU-Asyl und Migrationspolitik“ ganz oben auf ihre Prioritätenskala, für 23 Prozent hat sie „mittlere Priorität“. Nur 12 Prozent ist dieser Themenbereich weniger wichtig („niedrige Priorität“).

Dass sich die EU für dieses Ziel besonders engagiert, wird mit höherem Alter der Befragten deutlich häufiger gewünscht: 70 Prozent der über 50-Jährigen äußern sich in diesem Sinn, bei den 30 bis 49-Jährigen sind es 62 Prozent, bei den BurgenländerInnen bis 29 jedoch nur 32 Prozent.

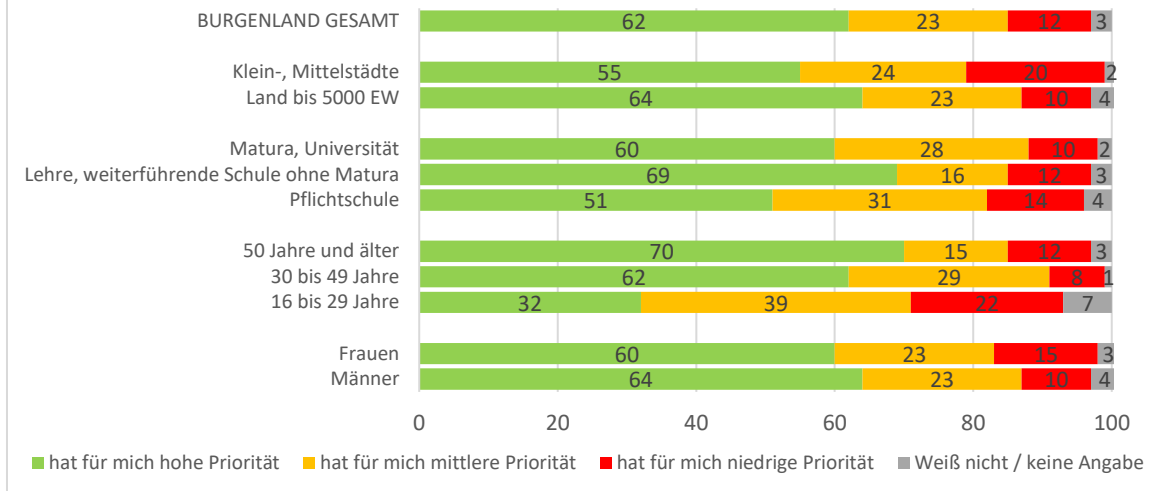
Burgenländerinnen und Burgenländer, die in ländlichen Gemeinden bis 5000 Einwohner leben, sind zu fast zwei Drittel (64 Prozent) dafür, dass sich die EU dem Thema besonderes Augenmerk leiht, in größeren Gemeinden und Städten sind es etwas mehr als die Hälfte (55 Prozent).

Sehr stark liegt die Umsetzung einer gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik auch jenen am Herzen, die eine Lehre abgeschlossen bzw. eine weiterführende Schule ohne Matura absolviert haben (69 Prozent). Auch sechs von zehn Befragten mit Matura/Universitätsabschluss schließen sich dieser Haltung an, Personen, die über eine Pflichtschulausbildung verfügen, tun dies zu 51 Prozent.

BurgenländerInnen, die in Gemeinden und Städten über 5000 Einwohner leben, sowie die Jungen bis 29 Jahre sind zu einem Fünftel davon überzeugt, dass dieses Thema nicht auf der Prioritätenliste der Europäischen Union stehen sollte.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

### EINE EINHEITLICHE EU-MIGRATIONS- UND ASYLPOLITIK



### Klima- und Umweltschutz

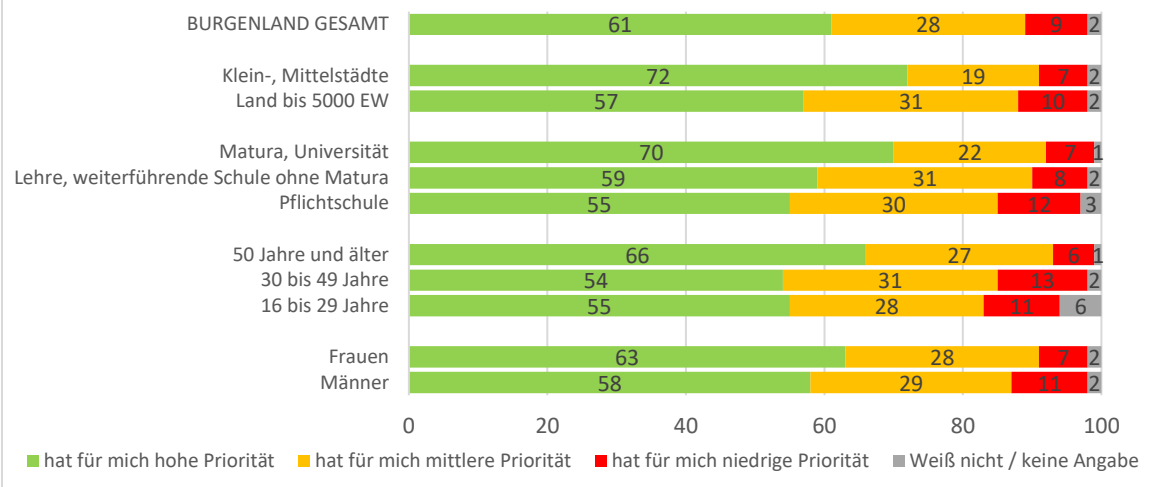
Sechs von zehn befragten BurgenländerInnen (61 Prozent) befürworten, dass der Klima- und Umweltschutz für die Europäische Union hohe Priorität haben sollte. Für 28 Prozent hat dieser Bereich mittlere Priorität, 9 Prozent betrachten es als nicht vordringlich.

72 Prozent der in kleinen und mittelgroßen Städten lebenden BurgenländerInnen sagen, dass die EU sich hier im besonders starken Maße einsetzen sollte, am Land sind es dagegen nur 57 Prozent.

Befragte mit Matura/Universitätsausbildung (70 Prozent) treten stärker für ein spezielles Engagement der EU in diesem Bereich ein als andere Ausbildungsgruppen. Während zwei Drittel der über 50-Jährigen ebenfalls hohen Handlungsbedarf erkennen, gilt dies bei anderen Altersgruppen für etwas mehr als die Hälfte.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

### KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ



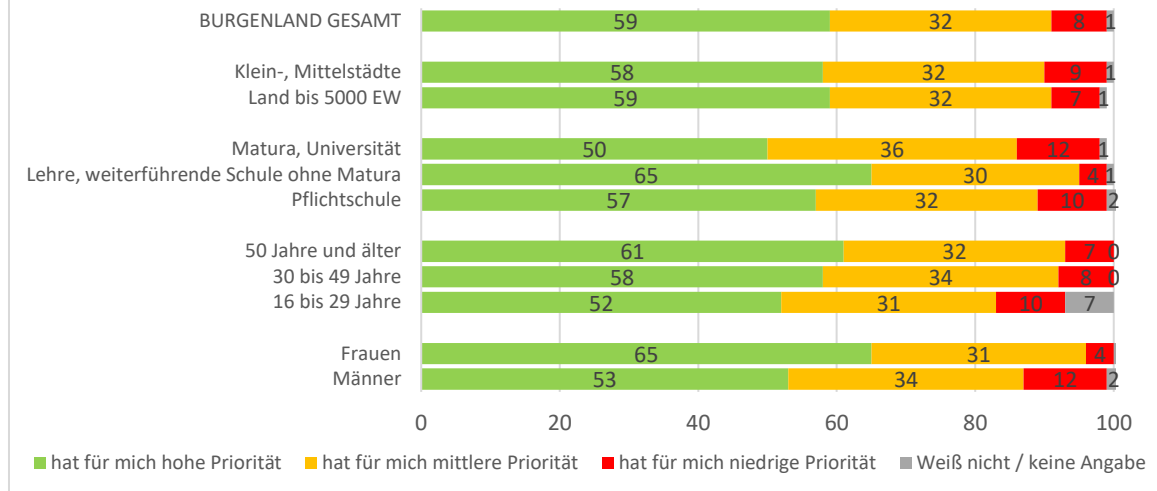
### Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich

59 Prozent der Burgenländerinnen und Burgenländer möchten, dass die Europäische Union es als vordringlich sieht, die „Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern“. Für 32 Prozent hat das Thema „mittlere Priorität“, für 8 Prozent „niedrige“.

Dieses Thema ist Frauen (65 Prozent) deutlich wichtiger als Männern (53 Prozent). Ältere Befragte wünschen sich hier mehr Einsatz der EU, als dies bei den jüngeren der Fall ist. Zwei Drittel jener Personen, die eine Lehre abgeschlossen oder eine weiterführende Schule ohne Matura absolviert haben, wollen, dass die EU ganz oben auf ihre To-Do-Liste setzt, BurgenländerInnen mit Pflichtschulausbildung stimmen zu 57 Prozent zu, Befragte mit Matura/Uniabschluss zur Hälfte.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

### DIE KLUFT ZWISCHEN ARM UND REICH VERRINGERN



## Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene

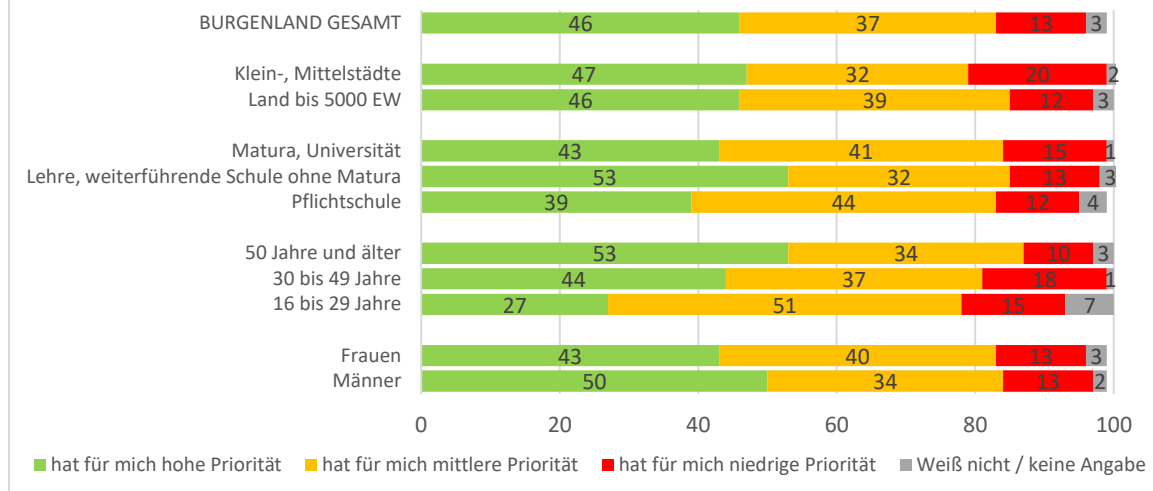
46 Prozent der Befragten ist „die Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene“ ein Anliegen, dem die Europäische Union ihre volle Aufmerksamkeit widmen müsste. Für weitere 37 Prozent hat dieses Thema „mittlere“ Priorität, für 13 Prozent ist es nicht dringlich. 3 Prozent beantworteten diese Frage nicht.

Je älter die Befragten sind, desto stärker ist der Wunsch, dass sich die Union für eine Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene einsetzt. 53 Prozent der Generation 50+ unterschreiben dies, bei den 30 bis 49-Jährigen sind es 49 Prozent, bei den Jüngsten bis 29 Jahre jedoch nur mehr 27 Prozent.

BurgenländerInnen mit Lehrabschluss/weiterführender Schule ohne Matura ist dieser Bereich zu 53 Prozent ebenfalls sehr wichtig. Während sich die Hälfte der Männer dafür ausspricht, plädieren 43 Prozent dafür.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

### STÄRKUNG DER DEMOKRATIE AUF EU-EBENE



### Stärkung der Rolle der Regionen in der EU

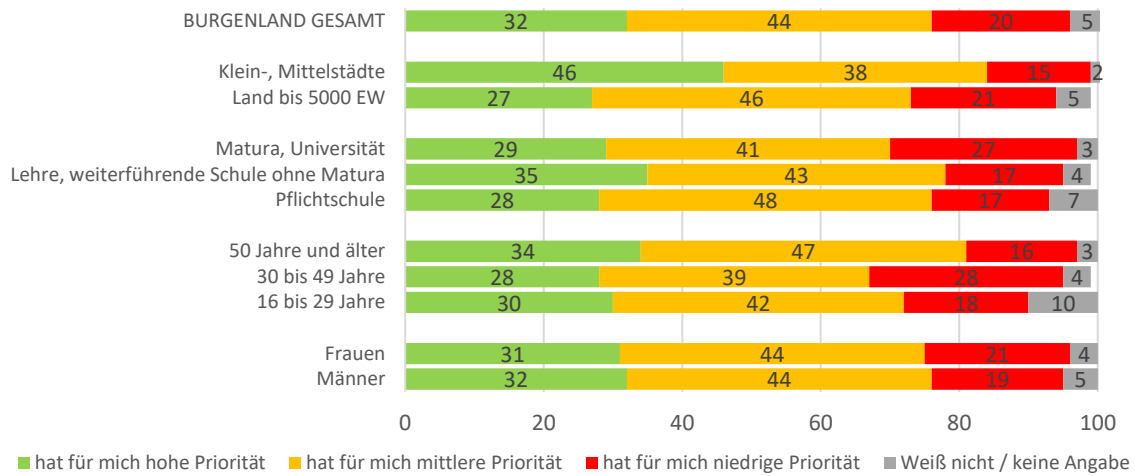
32 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass die EU alles daransetzen sollte, „**die Rolle der Regionen in der EU zu stärken**“. Für 44 Prozent hat das Thema „mittlere Priorität“ hat, einem Fünftel sieht hier keine besondere Dringlichkeit. 5 Prozent äußern sich dazu nicht.

Das Meinungsbild erweist sich in dieser Frage als recht einheitlich. Mit Abstand am stärksten wird eine Aufwertung der Regionen von jenen BurgenländerInnen gewünscht, die in kleinen und mittelgroßen Städten über 5000 Einwohner leben (46 Prozent).

Die Gruppe der 30 bis 49-Jährigen sowie BurgenländerInnen mit Matura/Universitätsabschluss sagen zu 28 bzw. 27 Prozent, dass dieser Punkt auf der Prioritätenliste der EU eher unten angesiedelt sein sollte.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

### DIE ROLLE DER REGIONEN IN DER EU STÄRKEN



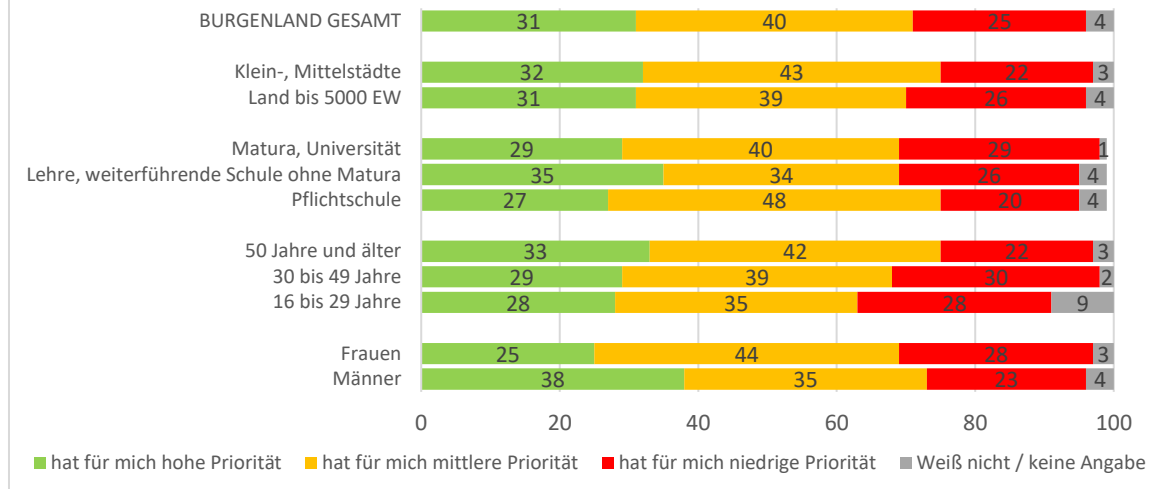
### Stärkung der globalen Rolle der EU

Die „**Stärkung der globalen Rolle der EU**“ hat für die befragten Burgenländerinnen und Burgenländer eher Nachrang. Für nur 31 Prozent hat sie „hohe Priorität“, für 40 Prozent „mittlere“. 25 Prozent sehen in einer stärkeren Positionierung der EU auf der Weltbühne kein vorrangiges Thema. 4 Prozent nehmen nicht Stellung.

Auch in diesem Punkt sind nur wenige Unterschiede im Meinungsbild der burgenländischen Bevölkerung zu verzeichnen. Am stärksten plädieren Männer (38 Prozent) für eine solche Prioritätensetzung durch die EU. Am geringsten ist dieser Wunsch bei den 30 bis 49-Jährigen (30 Prozent), Personen mit Matura/Uniabschluss (29 Prozent) sowie Frauen und der Altersgruppe 16 bis 29 Jahre (28 Prozent) ausgeprägt.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

### DIE GLOBALE ROLLE DER EU STÄRKEN



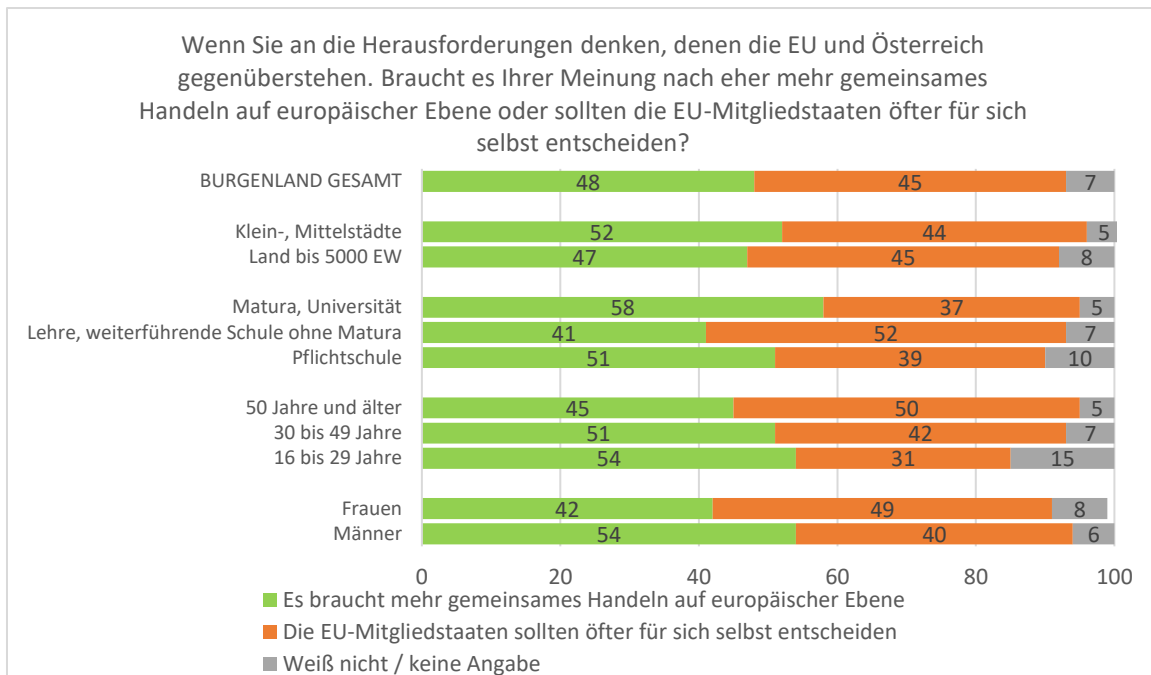
### Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?

48 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass **„mehr gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene“** notwendig ist, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. Fast ebenso viele, 45 Prozent, würden es für sinnvoller halten, dass künftig die **„EU-Mitgliedstaaten öfter für sich selbst entscheiden“** sollten. 7 Prozent können oder wollen diese Frage nicht beantworten.

Für ein Mehr an gemeinsamen Entscheidungen treten vor allem jene Befragten ein, die über Matura bzw. einen Universitätsabschluss verfügen (58 Prozent). Auch Männer und Personen im Alter von 16 bis 29 Jahren (je 54 Prozent) teilen häufig diese Meinung.

Die größten Anhänger von mehr einzelstaatlichen Beschlüssen finden sich bei Personen mit Lehrabschluss/weiterführender Schule ohne Matura (52 Prozent), in der Gruppe der über 50-Jährigen (50 Prozent) und bei Frauen (49 Prozent).





## Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen

Wenn es um Entscheidungen geht, die die persönliche Zukunft betreffen, hat mehr als die Hälfte der befragten BurgenländerInnen (56 Prozent) das größte Vertrauen in EntscheidungsträgerInnen auf **regionaler Ebene** (also in Landesregierung und Landtag), 18 Prozent geben in dieser Frage der **nationalen Ebene** den Vorzug (also Bundesregierung, Nationalrat und Bundesrat), 6 Prozent nennen die **EU-Institutionen** (EU-Kommission, EU-Parlament, EU-Ministerrat). Ein hoher Anteil von 20 Prozent kann oder möchte diese Frage nicht beantworten.

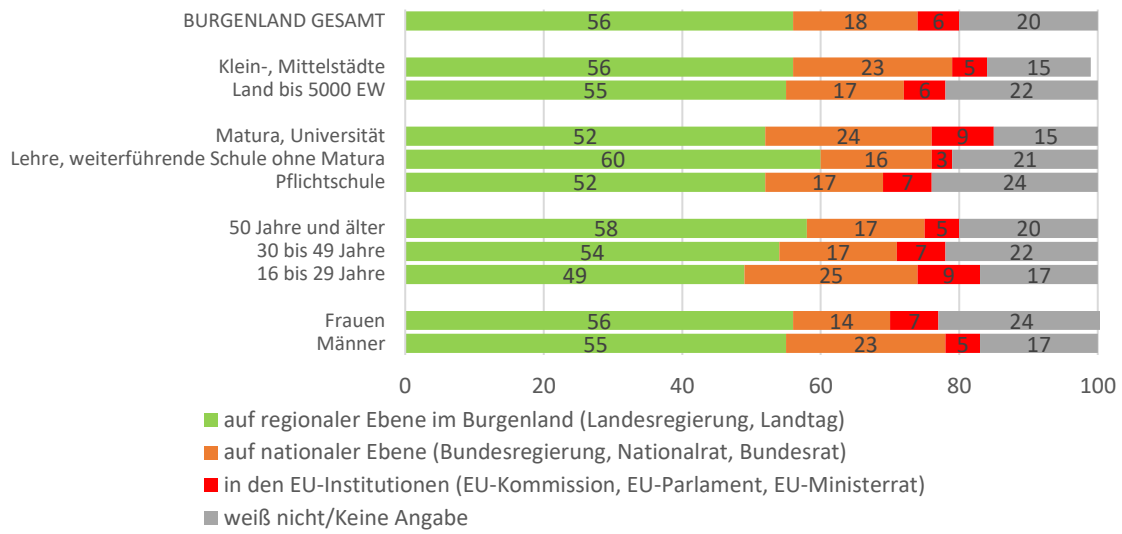
Das Vertrauen in **regionale Entscheidungsstrukturen** ist quer durch aller Befragungsgruppen recht einheitlich verteilt. Am stärksten ist es bei Personen mit Lehrabschluss/weiterführender Schule ausgeprägt, am schwächsten bei den jüngsten Befragten zwischen 16 und 29 Jahren (49 Prozent).

Das höchste Vertrauen in EntscheidungsträgerInnen **im Bund** findet sich bei den Personen zwischen 16 und 29 Jahren, bei Befragten mit Matura/Universitätsabschluss, in größeren Gemeinden und Städten sowie bei Männern (etwa 25 Prozent).

Die Vertrauenswerte in die **EU-Institutionen** sind im Vergleich sehr gering. Die Zahl jener, die angeben, dass sie in die EU am meisten Vertrauen haben, wenn es um Entscheidungen geht, die ihre persönlich Zukunft betrifft, erreicht maximal 9 Prozent.

Die Beurteilung dieser Frage fällt vielen Befragten schwer – besonders Frauen und Personen mit Pflichtschulabschluss (24 Prozent).

Bei politischen Entscheidungen, die meine Zukunft betreffen, habe ich das größte Vertrauen in die Entscheidungsträger/innen...



## Pressespiegel

Erste Gelder werden im Herbst fließen (Burgenland KOMPAKT, September 2021)

<https://www.burgenland.at/burgenland-kompakt/>

Pandemie und Migration sind für Burgenländer EU-Top-Themen (APA-OTS, 29. September 2021)

[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20210929\\_OTS0121/pandemie-und-migration-sind-fuer-burgenlaender-die-top-eu-themen-bild](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210929_OTS0121/pandemie-und-migration-sind-fuer-burgenlaender-die-top-eu-themen-bild)

EU-Akzeptanz im Burgenland besonders hoch (ORF Burgenland, 29. September 2021)

<https://burgenland.orf.at/stories/3123635/>

„EU-Zukunftstour“: Selmayr radelte durchs Burgenland (BVZ, 29. September 2021)

<https://www.bvz.at/burgenland/politik/kommissions-vertreter-eu-zukunftstour-selmayr-radelte-durchs-burgenland-burgenland-eu-oeffentliche-finanzen-hans-peter-doskozil-293303348>

Wie stehen die Burgenländerinnen und Burgenländer zur EU? Studie der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik präsentiert. (Land Burgenland, 29. September 2021)

<https://www.burgenland.at/news-detail/wie-stehen-die-burgenlaenderinnen-und-burgenlaender-zur-eu-studie-der-oesterreichischen-gesellschaft-fuer-europapolitik-praesentiert/>

Burgenland: Wie stehen die Burgenländerinnen und Burgenländer zur EU? Studie der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik präsentiert. (RegioNews, 29. September 2021)

[https://www.regionews.at/newsdetail/Wie\\_stehen\\_die\\_Burgenlaenderinnen\\_und\\_Burgenlaender\\_zur\\_EU\\_Studie\\_der\\_Oesterreichischen\\_Gesellschaft\\_fuer\\_Europapolitik\\_praesentiert-401844#article](https://www.regionews.at/newsdetail/Wie_stehen_die_Burgenlaenderinnen_und_Burgenlaender_zur_EU_Studie_der_Oesterreichischen_Gesellschaft_fuer_Europapolitik_praesentiert-401844#article)

Presseinformation Land Burgenland (29. September 2021)

„EU-Zukunftstour Burgenland“ machte Halt im BUZ Neutal

Landesrat Schneemann, Kommissionsvertreter Selmayr und ÖGfE-Generalsekretär Schmidt tauschten sich mit jungen Erwachsenen über Zukunftschancen und aktuelle Eurothemen aus

Corona und Migration sind für Burgenländer die wichtigsten EU-Themen (Bezirksblätter, 29. September 2021)

[https://www.meinbezirk.at/burgenland/c-politik/corona-und-migration-sind-fuer-die-burgenlaender-die-wichtigsten-eu-themen\\_a4916971](https://www.meinbezirk.at/burgenland/c-politik/corona-und-migration-sind-fuer-die-burgenlaender-die-wichtigsten-eu-themen_a4916971)

Umfrage zu Europa: Jeder zweite Burgenländer ist gerne EU-Mitglied (Kronen Zeitung, 29. September 2021)

<https://www.krone.at/2519438>

EU-Botschafter zu Besuch im Burgenland (ORF Burgenland Heute, 29. September 2021)

<https://tvthek.orf.at/profile/Burgenland-heute/70021/Burgenland-heute/14107402/EU-Botschafter-auf-Besuch-im-Burgenland/15006250>

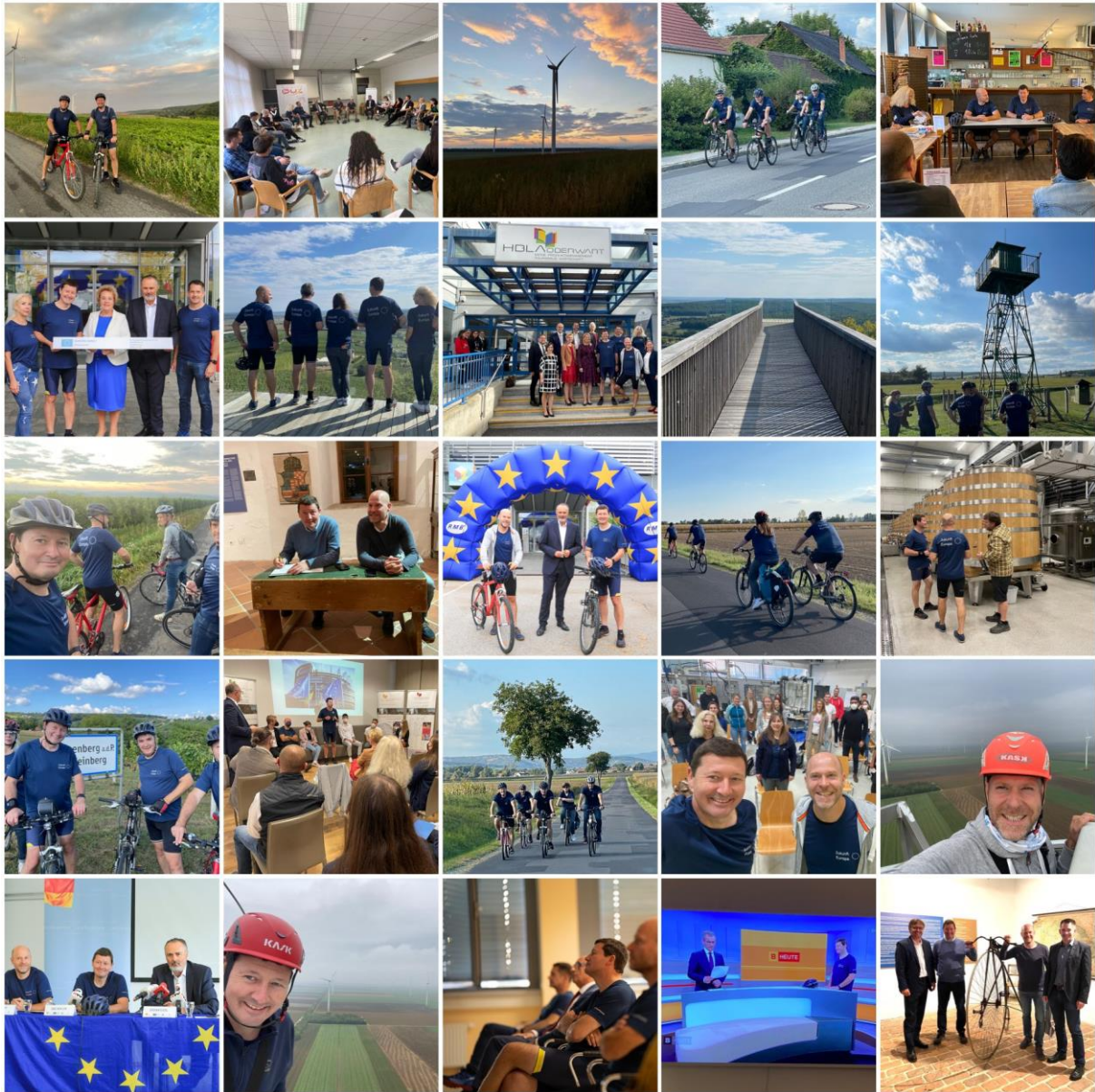
Das große Geld ist gekommen, große Lösungen fehlen noch (Kurier, 30. September 2021)

<https://kurier.at/chronik/burgenland/das-grosse-geld-der-eu-ist-gekommen-grosse-loesungen-fehlen-noch/401753160>

Die EU hat noch Gewicht (BVZ, 30. September 2021)

<https://m.bvz.at/burgenland/politik/umfrage-die-eu-hat-noch-gewicht-burgenland-umfrage-eu-politik-eu-kommission-hans-peter-doskozil-print-293256553>

Bilder der EU-Zukunftstour im Burgenland



© Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich

## Resümee

Auf ihrer EU-Zukunftstour durch alle österreichischen Bundesländer waren Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), zwischen Güssing und Eisenstadt unterwegs – per Rad, Bahn und gelegentlich mit dem E-Auto. Ziel ist es, u. a. mit Schülern, Studierenden und Erwachsenen in Ausbildung, mit Regional- und Lokalpolitikern, Winzern, Jungunternehmern und Volksgruppenvertretern über ihre Erwartungen und Sorgen hinsichtlich der Zukunft Europas zu sprechen. Organisiert wurde die Fact Finding Mission zur Zukunft Europas von EUROPE DIRECT Burgenland, das vor Ort über die EU informiert. Auf ihrer Tour wurden Selmayr und Schmidt streckenweise von Bildungslandesrätin Daniela Winkler, Wirtschaftslandesrat Leonhard Schneemann und Verkehrslandesrat Heinrich Dörner begleitet.

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Landtagspräsidentin Verena Dunst haben Selmayr und Schmidt eine begleitende Meinungsumfrage präsentiert. Demnach sehen die Burgenländerinnen und Burgenländer die Corona-Bekämpfung und eine gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik als Top-Prioritäten auf EU-Ebene. Zudem wünschen sie sich ein starkes Engagement für den Klima- und Umweltschutz sowie in sozialen Fragen. Im Hinblick auf die Bewertung der EU-Mitgliedschaft liegt das Burgenland österreichweit im vordersten Feld.

Landeshauptmann Doskozil sagte: „Vor 40 Jahren lag unser Bundesland am Rande des Eisernen Vorhangs, heute ist es fest im Herzen Europas verankert und hat sich zu einer dynamischen, innovativen Region entwickelt. Die EU-Mitgliedschaft und die vielfältigen Möglichkeiten, die das vereinte Europa gerade für Grenzregionen bietet, haben entscheidend zu diesem Erfolg beigetragen. Nun gilt es, gemeinsam die Herausforderungen der Zukunft anzugehen. Mit seinem hohen Anteil an erneuerbarer Energieerzeugung ist das Burgenland bestens gerüstet, zum grünen Wandel und zur Erreichung der ehrgeizigen EU-Klimaziele beizutragen. Wir müssen auch die Digitalisierung vorantreiben und das schnelle Breitband ausbauen. Vor diesem Hintergrund ist es eine sehr gute Nachricht, dass erste Mittel aus dem EU-Aufbauplan bereits jetzt an Österreich fließen. Das Burgenland hat Projekte eingereicht, die genau die Zielvorgabe erfüllen. Jetzt ist die Bundesregierung gefordert, dafür zu sorgen, dass die Mittel ausgewogen zugeteilt werden und in den Ländern ‚ankommen‘.“

Landtagspräsidentin Dunst ergänzte: „Das Burgenland hat sehr von der EU-Mitgliedschaft Österreichs profitiert. Um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU zu fördern, ist es allerdings wichtig, dass es zwischen der EU und den Regionen einen beiderseitigen Dialog gibt. Deshalb ist es sehr erfreulich, dass sich EU-Botschafter Selmayr im Rahmen der Zukunftstour ein Bild vom Burgenland als Modellregion gemacht hat.“

Laut einer Studie von Regionalmanagement Burgenland haben EU-Programme seit 1995 mehr als 164.000 Projekte im Burgenland initiiert, die wiederum Gesamtinvestitionen von knapp 5,2 Milliarden Euro mit sich gebracht haben. „Die Entwicklung des Burgenlands ist eindeutig eine europäische Erfolgsgeschichte“, unterstreicht EU-Botschafter Selmayr. „Die Erfolgsgeschichte des Burgenlands muss auch im Alltag erzählt werden – und zwar gerade von Bürgermeister\*innen, Gemeinderäten, Landtagsabgeordneten und Landesräten. Wir müssen gemeinsam vermitteln, dass in vielen regionalen und lokalen Projekten ein großes Stück Europa drinnen steckt, damit sich die Menschen ein Bild machen können, was ihnen die EU bringt. Wir brauchen bei EU-Förderungen Kommunikation statt Diskretion. Wo Europa drinnen ist, muss auch Europa draufstehen. Unsere EUROPE DIRECT-Stellen spielen eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang und ich freue mich, heute gemeinsam mit Landeshauptmann Doskozil unser gemeinsames Zentrum in Eisenstadt offiziell einzuweihen.“

## **Drei Viertel der Befragten interessieren sich für europäische Politik**

Fast die Hälfte der Befragten im Burgenland (47 Prozent) ist der Ansicht, dass die EU-Mitgliedschaft vor allem Positives für das Burgenland bewirkt, für 17 Prozent steht das Negative im Vordergrund. Etwas mehr als ein Drittel (36 Prozent) meint, dass „es keinen Unterschied für das Burgenland macht, ob Österreich Mitglied der EU ist oder nicht“.

Fast drei Viertel der Burgenländerinnen und Burgenländer sagen in der vom Zukunftsfonds der Republik Österreich unterstützten Umfrage, dass sie an „Vorgängen und Ereignissen in der Europäischen Union und der europäischen Politik interessiert sind“, davon 27 Prozent „sehr“ und 46 Prozent „eher“. Männer geben zu 36 Prozent an, „sehr interessiert“ zu sein, Frauen zu 19 Prozent. Das Europa-Interesse nimmt mit steigendem Alter zu.

Ein Drittel der Befragten möchte sich „auf jeden Fall“ an der im Mai 2021 gestarteten Debatte zur Zukunft der Europäischen Union beteiligen und stimmen der Aussage zu, dass es „viel mehr Debatten mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Richtung Europas geben sollte“. Insgesamt 47 Prozent antworten, dass sie sich eine Beteiligung an der Zukunftsdebatte zumindest vorstellen könnten.

Die „Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen“ ist jenes Thema, dem sich die EU nach Ansicht der Menschen im Burgenland am dringlichsten widmen sollte. 64 Prozent sehen darin eine „hohe Priorität“. Praktisch genauso wichtig ist es aus Sicht der Befragten, dass die EU eine „gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik“ realisiert (62 Prozent), den Klima- und Umweltschutz vorantreibt (61 Prozent) und die „Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich“ an die oberste Stelle ihrer Prioritäten setzt (59 Prozent). Im Bundesländervergleich haben die Corona-Eindämmung und das Thema Asyl- und Migration im Burgenland einen hohen Stellenwert.

48 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass „mehr gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene“ notwendig ist, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. Fast ebenso viele, 45 Prozent, würden es für sinnvoller halten, dass künftig die „EU-Mitgliedstaaten öfter für sich selbst entscheiden“ sollten. Im Bundesländervergleich sind die Befragten im Burgenland damit am häufigsten für mehr nationale Entscheidungen.

Wenn es um Entscheidungen geht, welche die persönliche Zukunft betreffen, hat mehr als die Hälfte (56 Prozent) das größte Vertrauen in Entscheidungsträger/innen auf regionaler Ebene, 18 Prozent geben in dieser Frage der nationalen Ebene den Vorzug, nur 6 Prozent nennen die EU-Institutionen.

## **Keine Tabus**

„Die Menschen im Burgenland sehen in der Mitgliedschaft unseres Landes in der EU mehr Vor- als Nachteile, wobei dies vor allem männliche Befragte und die Jungen unter 30 so empfinden. Geteilt ist das Meinungsbild, ob es künftig mehr gemeinsames Handeln geben oder häufiger die Mitgliedstaaten selbst entscheiden sollten. Letzteres wird im Burgenland im Bundesländervergleich am häufigsten befürwortet. Die aktuelle Zukunftsdebatte bietet die Gelegenheit, über die künftige Ausrichtung der Union zu diskutieren und dabei auch unangenehme Themen nicht auszusparen. Die europäische Integration ist kein Selbstläufer. Daher ist es wichtig, dass sich möglichst viele Menschen an der Diskussion über die Zukunft Europas beteiligen und ihre Meinung einbringen. Das große Europa-Interesse im Burgenland ist eine gute Voraussetzung dafür“, resümierte ÖGfE-Generalsekretär Schmidt.

Rückfragehinweis:

Mag. Paul Schmidt  
Generalsekretär  
[paul.schmidt@oegfe.at](mailto:paul.schmidt@oegfe.at)

Mag. Stefan Schaller  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter  
[stefan.schaller@oegfe.at](mailto:stefan.schaller@oegfe.at)

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) | Rotenhausgasse 6/8, 1090 Wien |  
Tel.: 01/533 49 99 | E-Mail: [europa@oegfe.at](mailto:europa@oegfe.at) | Web: [www.oegfe.at](http://www.oegfe.at)